



Inhalt	Seite
GI Leitsätze	36
Haftung des Rechtsanwalts	37
– Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 51 BRAO (BGH Ur.t.v. 1.10.1987 – IX ZR 202/86)	
Haftung des Treuhänders im Bauherrenmodell	41
– Abschluß einer Bankbürgschaft – Weiterführende Hinweise (OLG Köln Ur.t.v. 6.11.1987 – 6 U 205/86)	
Haftung des Treuhänders	46
– Kostendeckungslücke (LG Heidelberg Ur.t.v. 13.11.1987 – 5 O 60/86)	
Abtretung von Steuererstattungsansprüchen	50
– Geschäftsmäßige Abtretung an Steuerberater – Sicherung von Honorarforderungen (BFH Ur.t.v. 17.9.1987 – VII R 168/84)	

GI Leitsätze

Pflichten des Testamentsvollstreckers bei der Anlage von Nachlaßvermögen

Der Testamentsvollstrecker steht bei der Anlage von Nachlaßvermögen grundsätzlich so frei, wie der Vormundschaftsrichter den Vormund äußerstenfalls stellen darf. Ihm sind deshalb nur solche Anlagen verwehrt, die nach Lage des Falles „den Grundsätzen einer wirtschaftlichen Vermögensverwaltung zuwiderlaufen.“ (BGH Urt. v. 3.12.1986 – IVa ZR 90/85 = ZIP 1987, 922)

Anmerkung: In den Urteilsgründen wird darauf hingewiesen, daß rein spekulative Anlagen, mit denen bei großem Risiko eine hohe Wertsteigerung oder eine besonders hohe Rendite erstrebt wird, jedenfalls dann ausgeschlossen sind, wenn sie den gesamten oder einen sehr großen Teil des Nachlasses erfassen. Demgegenüber kann eine Streuung bei der Kapitalanlage „durchaus eine sinnvolle Vorsichtsmaßnahme sein.“

Haftung des Rechtsanwalts

Ein Rechtsanwalt, dem vorprozessual ein Fehler unterlaufen ist, verantwortet nicht den Schaden, der auf falscher Entscheidung des anschließenden gerichtlichen Verfahrens beruht, wenn das Gericht den ihm richtig unterbreiteten Sachverhalt unrichtig beurteilt hat und bei richtiger Beurteilung der Fehler des Rechtsanwalts folgenlos geblieben wäre. (BGH Urt. v. 5.11.1987 – IX ZR 86/86)

Versicherungsschutz für Treuhandtätigkeit aus der Berufshaftpflichtversicherungspolice?

Der Zentraltreuhänder in einem Bauherrenmodell hat in vollem Umfang die Geschäfte der Bauherren zum Zwecke der Ausführung des Bauvorhabens zu führen. Er ist geschäftsführender Treuhänder.

Nach der Risikobeschreibung, die Bestandteil des Haftpflichtversicherungsvertrages ist, erstreckt sich der Versicherungsschutz der Berufshaftpflichtversicherung für Steuerberater nicht auf eine geschäftsführende Treuhandtätigkeit und die sich daraus ergebenden Risiken.

Ein Versicherungsausschluß ist auch gegeben, wenn der Steuerberater gleichzeitig Rechtsbeistand ist und daher auch die Erlaubnis zur Rechtsberatung und Rechtsbesorgung hat.

Es kann dahingestellt bleiben, ob der Treuhänder bei der Überwachung des Zahlungsverkehrs neben der geschäftsführenden auch eine aufsichtsführende Treuhandtätigkeit ausgeübt hat, denn der Versicherungsschutz bezieht sich nach der Risikobeschreibung ausschließlich auf eine aufsichtsführende Treuhandtätigkeit.

(OLG München Urt. v. 30.1.1987 – 21 U 3798/86, rechtskräftig nach Nichtannahme der Revision durch BGH-Beschl. v. 25.11.1987 – IVa ZR 89/87; das Urteil wird im nächsten Heft abgedruckt)

Haftung des Rechtsanwalts

– Verjährung von Schadenersatzansprüchen, § 51 BRAO

(BGH Urt. v. 1.10.87 – IX ZR 202/86)

Leitsatz (amtl.):

Das bloße Schweigen eines Anwalts auf die rechtzeitige Ankündigung von Regreßansprüchen macht auch dann die spätere Erhebung der Verjährungseinrede nicht zu einer unzulässigen Rechtsausübung, wenn der Anwalt vorher durch Täuschung den Mandanten von der Erhebung solcher Ansprüche abzuhalten versucht hat.

Leitsätze (d. Verf.):

1. Bei § 51 BRAO knüpft der Beginn der Verjährungsfrist des Regreßanspruchs an die Entstehung des Schadens und nur hilfsweise an das Ende des Mandats, wenn dies zu einem früheren Ende der Verjährungsfrist führt.
2. Auch für den Sekundäranspruch gilt die 3jährige Verjährungsfrist des § 51 BRAO.

Aus den Gründen:

1. Das Berufungsgericht stellt ein pflichtwidriges Unterlassen des Beklagten fest, durch das die Durchsetzung von Direktansprüchen der Klägerin gegen den Haftpflichtversicherer unmöglich geworden sei. Das nimmt die Revision hin.
2. Das Berufungsgericht meint, auf Verjährung könne sich der Beklagte nicht berufen. Zwar beginne die „Verjährung des sogenannten Sekundäranspruchs“ ab Vollendung der Verjährung des „Primäranspruchs“ gegen den Schädiger. Hier habe sie demnach im Juli 1976 begonnen und sei im Juli 1979 abgelaufen. Dem Beklagten sei es aber nach Treu und Glauben verwehrt, die Verjährungseinrede zu erheben, weil er während des Laufs der Verjährungsfrist das Mandatsverhältnis wiederholt dadurch verletzt habe, daß er die Klägerin auf ihre Anfragen hingehalten habe. Das stehe aufgrund der Beweisaufnahme fest. Mit seinen unrichtigen, inhaltenden Angaben habe der Beklagte seine Pflicht in so schwerwiegender und nachhaltiger Weise verletzt,

daß er sich „auf die Verjährung des Sekundäranspruchs überhaupt nicht mehr berufen“ könne. Zumindest habe die Klägerin Anspruch darauf, daß der Beklagte die Einrede der Verjährung unterlasse. Die Klägerin habe erst 1981 von dem ihr entstandenen Schaden erfahren, nachdem sie einen anderen Anwalt eingeschaltet habe. Es sei sachgerecht gewesen, daß sich die Klägerin mit der Berufshaftpflichtversicherung des Beklagten vor Klageerhebung in Verbindung gesetzt habe, zumal aus der Sicht der Klägerin sich keine Eilbedürftigkeit habe erkennen lassen. Nach dem damaligen Stand der Rechtsprechung habe sie davon ausgehen können, daß die Verjährung des Sekundäranspruchs erst ab Mandatsende, also ab März 1981 gelaufen sei. Man könne deshalb der Klägerin nicht vorwerfen, sie habe die Klageeinreichung über Gebühr verzögert.

3. Die Ausführungen greift die Revision mit Recht an.

Abweichend von der Meinung des Berufungsgerichts wird als Primärhaftungsanspruch gegen einen Rechtsanwalt der Schadenersatzanspruch verstanden, der entsteht, wenn der Anwalt durch eine Pflichtverletzung einen Schaden seines Mandanten verursacht hat. Dieser Regreßanspruch verjährt nach § 51 BRAO in drei Jahren unabhängig davon, ob der Geschädigte Kenntnis von seinem Schaden und der Pflichtverletzung seines Anwalts erlangt hat (BGHZ 94, 380, 385 = GI 32/85).

Nach der Rechtsprechung muß aber zum Ausgleich der kurzen Verjährungsfrist und zum Schutz der Interessen des Mandanten der Anwalt, wenn ihm ein Fehler unterlaufen ist, seinen Auftraggeber hierauf und auf die Regreßmöglichkeit hinweisen. Ein Verstoß gegen diese Pflicht führt erst zum sogenannten Sekundäranspruch, der den Rechtsanwalt gemäß § 249 BGB dazu verpflichtet, den Mandanten so zu stellen, als wäre die Verjährung des Regreßanspruchs (= Primäranspruch) nicht eingetreten (BGHZ aaO). Der Sekundäranspruch hindert den Anwalt daran, erfolgreich die Verjährungseinrede im Regreßprozeß zu erheben. Wurde der Mandant während des bestehenden Mandats oder nach Mandatsende noch rechtzeitig vor Ablauf der Verjährungsfrist des Primäranspruchs anderweitig über die Regreßansprüche anwaltlich beraten, so entsteht kein sekundärer Ersatzanspruch mehr (BGH Ur. v. 26.2.1985 – VI ZR 144/83, NJW 1985, 1151, 1152; Senatsur. v. 18.9.1986 – IX ZR 204/85, ZIP 1986, 1573, 1574 = NJW 1987, 326).

Der **Sekundärhaftungsanspruch** kann nur entstehen, wenn der Anwalt eine weitere Pflichtwidrigkeit, nämlich die Nichtaufklärung über eine Regreßmöglichkeit, zu einer Zeit begeht, zu der der primäre Regreß-

anspruch noch durchgesetzt werden kann, also noch nicht verjährt ist. Auch der Sekundäranspruch verjährt nach § 51 BRAO in drei Jahren (BGHZ aaO 387 ff = GI 32/85).

4. a) Hier war die Verjährung des Anspruchs der Klägerin gegen den Haftpflichtversicherer – nicht des Primäranspruchs, wie das Berufungsgericht meint – im Juli 1976 eingetreten. Damit war der Regreßanspruch der Klägerin gegen den Beklagten (= Primäranspruch) entstanden. Er verjährte nach § 51 BRAO in drei Jahren, also im Juli 1979. Das Berufungsgericht stellt fest, daß der Beklagte die Klägerin bewußt während dieser Zeit hingehalten hat, seinen Fehler also erkannt hatte. Trotzdem hat er die gebotene Belehrung seiner Mandantin unterlassen. Damit entstand ein Sekundäranspruch der Klägerin, durch den der Beklagte gehindert war, mit Erfolg die Verjährungseinrede gegen einen Regreßanspruch der Klägerin zu erheben. Auch **für diesen Anspruch (= Sekundäranspruch) galt die dreijährige Verjährungsfrist** des § 51 BRAO, so daß er im Juli 1982 verjährte.
- b) Der Senat hat sich bereits in BGHZ 94, 380, 389 = GI 32/85 mit der Meinung auseinandergesetzt, die Verjährung des Sekundäranspruchs könne erst mit dem Ende des Mandats beginnen (vgl. Brandner, AnwBl. 1969, 384, 386). Er hat diese Meinung unter Hinweis darauf abgelehnt, daß § 51 BRAO **den Beginn der Verjährungsfrist des Regreßanspruchs grundsätzlich an die Entstehung des Schadens knüpft und nur hilfsweise an das Ende des Mandats**, wenn dies zu einem früheren Ende der Verjährungsfrist führt. Er hat eine entgegenstehende Rechtsprechung (BGH Ur. v. 8.5.1984 – VI ZR 156/82, NJW 1984, 2204) ausdrücklich aufgegeben. Daran hält der Senat fest. Zu einer Vorlage an den Großen Senat für Zivilsachen besteht entgegen der Meinung der Klägerin kein Anlaß, weil der IX. Zivilsenat schon seit dem 1.1.1984 allein für Schadenersatzansprüche wegen Pflichtverletzungen gegen Rechtsanwälte nach der Geschäftsverteilung des Bundesgerichtshofs zuständig ist (BGHZ [GZ] 9, 179, 181; 28, 16, 29).
5. a) Allerdings kann die Verjährung der Regreßansprüche gegen einen Rechtsanwalt auch nach Ablauf der Verjährung des Sekundäranspruchs nicht zu berücksichtigen sein, wenn es dem Verpflichteten gemäß § 242 BGB verwehrt ist, sich auf Verjährung zu berufen, wenn also eine unzulässige Rechtsausübung in der Erhebung der Verjährungseinrede liegt. **Der Zweck der Verjährungsregelung gebietet es jedoch, hierbei strenge Maßstäbe anzulegen und diesen Einwand**

nur gegenüber einem wirklich groben Verstoß gegen Treu und Glauben durchgreifen zu lassen, etwa wenn der Verpflichtete den Berechtigten durch sein Verhalten von der rechtzeitigen Klageerhebung abgehalten oder ihn nach objektiven Maßstäben zu der Annahme veranlaßt hat, es werde auch ohne Rechtsstreit eine vollständige Befriedigung seines Anspruchs zu erzielen sein. Dabei kann aber ein **bloßes Schweigen des Verpflichteten das Unwerturteil einer unzulässigen Rechtsausübung nicht rechtfertigen** (MünchKomm/von Feldmann, BGB, 2. Aufl., § 194 Rdnr. 11; Soergel/Augustin, BGB, 11. Aufl. § 222 Rdnr. 7; Palandt/Heinrichs, BGB, 46. Aufl. vor § 194 Anm. 5 a). Nicht genügt für den Einwand der unzulässigen Rechtsausübung gegenüber der Verjährungseinrede, daß der Anspruchsberechtigte des Glaubens war, mit seiner Klage noch zuwarten zu können (BGH Urt.v. 4.2.1969 – VI ZR 213/67, VersR 1969, 451).

- b) Hier hatte der Beklagte auf die Zusendung des Entwurfs einer Klageschrift am 26.10.1981 der Klägerin mitgeteilt, er werde sich jeder Stellungnahme zu Grund und Höhe der erhobenen Ansprüche enthalten. Er hat weiter – ausdrücklich ohne Anerkennung einer Rechtspflicht – seine Berufshaftpflichtversicherung bekannt gegeben, gegen die hier aber ein direkter Anspruch nicht bestand. Daß er sich danach noch geäußert hätte, behauptet auch die Klägerin nicht. Unter diesen Umständen kann die Erhebung der Verjährungseinrede durch den Beklagten nicht als unzulässige Rechtsausübung angesehen werden; denn er hatte gegenüber der anwaltlich vertretenen Klägerin nichts getan, woraus diese hätte den Schluß ziehen können, sie werde auch ohne gerichtliche Hilfe ihren Anspruch durchsetzen können. Daß er sie zunächst durch vorsätzliche Täuschung hingehalten hatte, führt nicht zu einem weiteren Hinausschieben der Verjährung der Regreßansprüche gegen ihn, weil der neu von der Klägerin beauftragte Anwalt diese in noch nicht verjährter Zeit erkannt hatte, wie die Übersendung des Klageentwurfs zeigt. Der Beklagte hat die Klägerin auch nicht in irgendeiner Weise vom Einreichen der ihm im Entwurf übersandten Klage abgehalten. Wenn sie meinte, es bestünde wegen der Klageerhebung, zu der nach dem Erkennen des Schadens und des Fehlers des Beklagten etwa noch ein Jahr Zeit blieb, keine besondere Eile, so mag das auf einen anderen, neuerlichen Beratungsfehler zurückzuführen gewesen sein.

Haftung des Treuhänders im Bauherrenmodell

- Abschluß einer Bankbürgschaft
 - Weiterführende Hinweise
- (OLG Köln Ur. v. 6. 11. 87 – 6 U 205/86)

Leitsatz (d. Verf.):

Zu den Pflichten des Treuhänders, auf die Einhaltung der Versprechungen im Prospekt zu achten.

Zum Sachverhalt:

In dem Prospekt zu einem Bauherrenmodell hieß es: „Darüber hinaus sind die im Anhang dargestellten Mieten, die den zukünftigen Bauherren entstehen, in Höhe von 20 % durch eine Bankbürgschaft abgesichert.“ Der Treuhänder schloß in Ausführung seiner Vollmacht später einen „Bonitäts-Garantievertrag“ mit der Firma M. GmbH. Eine Bankbürgschaft in Höhe von 20 % der garantierten Mieten besorgte er nicht. Daraus, daß die prospektierten und garantierten Mieten weder in der Vergangenheit erzielt wurden noch zur Zeit erzielt werden, das verbleibende Defizit aber nicht durch eine Bankbürgschaft in Höhe von 20 % der versprochenen Mieten abgedeckt wird, leitet der Kläger Schadenersatzansprüche gegen den Treuhänder her.

Aus den Gründen:

Der Treuhänder im Rahmen eines Bauherrenmodells hat nicht nur die Aufgaben zu erfüllen, die er expressis verbis im Treuhandvertrag übernommen hat; es trifft ihn darüber hinaus die **Verpflichtung, darüber zu wachen, daß alle Vertragspartner der Bauherren ihre Verpflichtungen aus den jeweiligen Verträgen erfüllen.** Beim Vertragsschluß mit diesen Vertragspartnern hat er darüber **zu wachen, daß die angebotenen Verträge den Versprechungen in den Prospekten, aufgrund derer das Vertrauen der Bauherren gewonnen wurde, entsprechen.** Wo von Anfang an oder später **Abweichungen erforderlich werden, hat er die Bauherren fachgerecht zu beraten.** Dieser Pflichtenkatalog des Treuhänders entspricht ganz der herrschenden Auffassung in Literatur und Rechtsprechung (vgl. BGH, WM 1986, 1320 f.; Brych, Kauf von Bauträger- und Bauherrenmodelle, 5. Aufl. 1983, Rdz. 134 b; Goldbeck-Uhde, Das Bauherrenmodell, 1984, Rdz. 466, 469 – 471; Locher/König, Bauherrenmodelle in zivil- und steuer-

rechtlicher Sicht, 1982, Rdz. 33, jeweils m.w.N.). Die Beklagte ist dieser ihrer Verpflichtung dem Kläger und seinen Zedenten gegenüber nicht gerecht geworden. Sie hätte als Treuhänderin erkennen müssen, daß die Initiatoren des Projekts, insbesondere die M. GmbH, sowohl die Erzielbarkeit bestimmter Mieten versprochen hatten als auch zugesichert hatten, daß diese Mieten in Höhe von 20% durch eine Bankbürgschaft abgesichert seien. Aufgrund der ausdrücklichen Zusicherung im Prospekt und den dazugehörigen Anlagen haftete die M. GmbH als Initiatorin des Projektes nach den allgemeinen Regeln der sog. Prospekthaftung dafür, daß die versprochenen Mieten auch tatsächlich zu erzielen seien. Nur zur Absicherung dieser ohnehin schon gegebenen Haftung schloß die M. GmbH dann den sog. Bonitätsgarantievertrag, wobei sie sich für diese Bonitätsgarantie eine Vergütung versprechen ließ. Der Bonitätsgarantievertrag brachte den Anlegern, weil er ihnen keinen zusätzlichen Anspruchsgegner verschaffte, keine zusätzliche Sicherung über das hinaus, was ihnen an Ansprüchen gegen die M. GmbH schon zustand. Daß die versprochene Bankbürgschaft aber eine zusätzliche Sicherheit sein sollte, ergibt sich ohne Zweifel aus dem Prospekt „Bauherrengemeinschaft M“, in dem es heißt: „So liegt bereits ein Generalanmietungsangebot eines gewerblichen Anmieters für das gesamte Objekt für 5 Jahre zu den im Anhang aufgegebenen Mieten vor. Damit besteht die Möglichkeit, von der Mehrwertsteuroption Gebrauch zu machen. Darüber hinaus sind die im Anhang dargestellten Mieten, die den zukünftigen Bauherren zustehen, in Höhe von 20% durch eine Bankbürgschaft abgesichert. ... Es sollen damit nur einige – nicht immer angebotene – Vorteile des vorliegenden Modells angesprochen werden“. Weiter heißt es in den „Vorbemerkungen und Erläuterungen“ zu dem Projekt M. in dem Kapitel „1. Sicherheit“ u.a.: „Für die Anmietung des Objektes liegt bereits ein Angebot einer erfahrenen, unabhängigen Gesellschaft vor. Die von dieser Gesellschaft angebotenen Preise liegen der Wirtschaftlichkeitsberechnung zugrunde. Das Angebot erstreckt sich auf eine 5jährige Anmietung des Objektes, wobei die angegebenen Mietpreise in einer Höhe von 20% für 5 Jahre verbürgt werden. Somit besteht beispielsweise für den Bauherren eines der 36,84 qm großen Apartments eine zusätzliche Sicherheit von 20% ...“. Die Bankbürgschaft für die Qualität des ausgesuchten gewerblichen Zwischenmieters hatten diejenigen beizubringen, die den Zwischenmieter als eine „erfahrene, unabhängige Gesellschaft“ ausgesucht und dies im Prospekt den möglichen Interessenten mitgeteilt hatten. Dies waren die M. GmbH bzw. die M. Gesellschaft für Vermögensplanung mbH. Im Rahmen ihrer **aus dem Treuhandvertrag resultierenden Überwachungsverpflichtung** wäre es Aufgabe der Beklagten gewesen, die beiden genannten Gesellschaften anzuhalten, die versprochene Bank-

bürgschaft beizubringen. Weder der Kläger und seine Zedenten noch die Beklagte konnten der Anlage VI zum Treuhandvertrag (Inhaltsbeschreibung der vorgesehenen Vertragsabschlüsse) entnehmen, daß etwa in Abänderung der in den Prospekten versprochenen Leistungen die Bankbürgschaft in Höhe von 20% der prospektierten Mieten entfallen sollte. Wenn in Seite 3 dieser Anlage VI unter der Rubrik „Vertrag über die Durchführung der Vermietung und Verpachtung“ diese Bankbürgschaft nicht erwähnt ist, so hat dies seinen einfachen Grund darin, daß in der gesamten Anlage VI nur die Verträge beschrieben sind, die die Treuhänderin unmittelbar für die Bauherren abschließen sollte. Bei der Bankbürgschaft handelte es sich aber, wie oben dargestellt, um einen Vertrag, der von den oben genannten M. Gesellschaften beigebracht werden sollte, auf den die Beklagte also zunächst, da sie den Bürgen nicht auswählen konnte, keinen unmittelbaren Einfluß nehmen konnte. Von ihrer Überwachungspflicht, dafür zu sorgen, daß die versprochene Bürgschaft noch beigebracht würde, hat sich die Beklagte deshalb **auch nicht durch ihr Formschreiben, mit dem sie dem Interessenten die Vertragsunterlagen übersandte, freigezeichnet**, in dem es heißt: „Die hiermit übergebenen Unterlagen sind für unsere Vertragsabwicklung allein maßgeblich, auch soweit Abweichungen von vorher übergebenen Unterlagen bestehen sollten.“ Solche Abweichungen waren im Hinblick auf die bankverbürgte Mietgarantie für die Bauherren aus den Unterlagen, wie eben dargestellt, nicht ersichtlich.

Die Beklagte kann sich zu ihrer Entlastung auch nicht darauf berufen, der Kläger und seine Zedenten **hätten ihrerseits auf die Beibringung der Bankbürgschaft drängen müssen**, sie hätten diesen Punkt bis zum Zusammenbruch der M. Gruppe aber nie angesprochen. Im Rahmen des Bauherrenmodells wird der Treuhänder gerade deshalb eingeschaltet, weil der Bauherr das komplizierte Geflecht von Verträgen nicht mehr überblicken kann. Durch den von der Initiatorengruppe unabhängigen Treuhänder soll ihm die Gewißheit gegeben werden, daß seine Vermögensinteressen gewahrt und die Erfüllung der verschiedenen Verpflichtungen der untereinander verflochtenen Beteiligten sichergestellt werden (vgl. hierzu insbesondere Locher/König, aaO Rdz. 33; Goldbeck/Uhde, aaO., Rdz. 469–471). Dem Kläger bzw. seinen Zedenten ist dadurch, daß die Beklagte ihre Überwachungspflichten verletzt hat, auch ein Schaden entstanden.

Abstrakt ist dieser Schaden wie folgt zu berechnen:

Die vom Kläger bzw. seinen Zedenten tatsächlich für ihre Wohnungseinheiten bzw. ihren Anteil an der Gewerbeinheit eingenommenen

Mieten sind zu den Beträgen zu addieren, die dem Kläger bzw. seinen Zedenten aus der Bonitätsgarantie der M. GmbH durch Leistungen der G.mmbH zugeflossen sind. Die auf diese Weise ermittelten „Mieteinnahmen“ sind der garantierten Miete für 5 Jahre gegenüberzustellen. Ergeben die tatsächlichen Einnahmen weniger als 80 % der prospektierten und garantierten Miete, so beläuft sich der Schaden des Klägers bzw. seiner Zedenten auf 20 % der garantierten Miete. Ergeben sich mehr als 80 %, so besteht der Schaden in der Differenz zwischen der tatsächlich eingenommenen Miete und der garantierten Miete. Dieser Schadenberechnung liegt folgender Gedanke zugrunde:

Die als Vorteil des M.-Konzepts versprochene Bankbürgschaft in Höhe von 20 % der garantierten Miete sollte eine sog. „Ausfallbürgschaft“ sein, also die Spanne von 100 % zu 80 % der versprochenen Miete absichern. Zur Begründung verweist der Senat insoweit auf die überzeugenden Ausführungen im angefochtenen Urteil, die er sich in vollem Umfang zu eigen macht, § 543 Abs. 2 ZPO (S. 15, 2. Absatz der Urteilsausfertigung). Würde es sich nicht um eine Ausfallbürgschaft handeln, so wäre die versprochene Bürgschaft nicht als besonderer „Vorteil“ des M.-Konzepts anzusehen, als die sie im Prospekt herausgestrichen ist, da für den Leser des Prospekts nicht zweifelhaft sein konnte, daß eine so niedrige Miete wie 20 % der garantierten Miete in der Innenstadt von M. immer zu erzielen sein würde. Die tatsächliche Vermietung hat dies auch bewiesen.

Daß alle Leistungen der G. auf die Bonitätsgarantie der M. GmbH dem Kläger bzw. seinen Zedenten als vereinnahmte Miete zuzurechnen sind, ergibt sich daraus, daß der Leistende, die G., den Leistungszweck in dieser Weise bestimmt hat. Die Beklagte war bevollmächtigt, diese Leistungen für den Kläger und die anderen Bauherren im Empfang zu nehmen. Sollte die Beklagte die Leistungen abredewidrig verwendet haben, so mag sich hieraus ein anderweitiger Schadenersatzanspruch gegen die Beklagte ergeben, er ist jedoch nicht Gegenstand des vorliegenden Rechtsstreits. Streitgegenstand dieses Prozesses hier ist allein die Frage, ob die Beklagte dadurch, daß sie nicht dafür gesorgt hat, daß die versprochene Bankbürgschaft für einen Teil der garantierten Miete beigebracht wurde, schuldhaft ihre Vertragspflichten verletzt hat.

Weiterführende Hinweise zur Treuhänderhaftung:

Wer vertragliche oder vorvertragliche Aufklärungspflichten verletzt, ist **beweispflichtig** dafür, daß der Schaden auch bei pflichtgemäßem Verhalten eingetreten wäre, der Geschädigte also den Rat oder Hinweis befolgt hätte. (OLG Stuttgart WM 1987, 1260)

Zum Umfang der Vertragspflichten eines Treuhänders gegenüber den Erwerbern einer Eigentumswohnung im Rahmen eines Erwerber-Modells hinsichtlich **Option** und **Beantragung der Mehrwertsteuer-Rückvergütung** (BGH WM 1987, 1221)

Der Treuhandvertrag im Rahmen eines Bauherrenmodells bedarf in aller Regel **notarieller Beurkundung** (BGH Urt. v. 24. 9. 1987 EWiR § 313 BGB 2/87, 1069 [Reithmann])

Ein „**Konto-Treuhänder**“, der beim Ersterwerbermodell zur zusätzlichen Sicherung der Erwerber die eingehenden Gelder „nur im Interesse des Erwerbers für dessen Rechnung anweisen“ soll, ist grundsätzlich nicht zur **Wahrnehmung der steuerlichen Interessen** des Erwerbers verpflichtet. (BGH EWiR § 675 BGB 2/87, 143 [Schlewing] = ZIP 1987, 109)

Ersatzansprüche der Anleger gegen den von einer Gesellschaft eingesetzten Treuhänder, der die **vertragsmäßige Verwendung** der von den Anlegern **eingezahlten Gelder** gewährleisten soll; keine Prospekthaftung des **unbekannt gebliebenen Verfassers** eines dem Prospekt zugrunde liegenden **Gutachtens**, aber Deliktshaftung bei Unrichtigkeit des Gutachtens und grober Leichtfertigkeit des Verfassers. (BGH WM 1986, 904)

Die im **formularmäßigen Treuhandvertrag** enthaltene **Haftungsbeschränkung** des Treuhänders **auf grob-fahrlässige oder vorsätzliche Pflichtverletzungen** ist unwirksam, weil sie mit dem besonderen Vertrauensverhältnis, wie es zwischen Treuhänder und Bauherren beim Bauherrenmodell besteht, nicht zu vereinbaren ist und dem Treugeber entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt (§ 9 Abs. 1 AGB-Gesetz).

Gemäß § 9 AGB-Gesetz unwirksam ist auch die im formularmäßigen Treuhandvertrag enthaltene Regelung, daß Ansprüche des Treugebers innerhalb von **6 Monaten nach Beendigung des Treuhandverhältnisses verjähren**. (OLG Celle GI 1986, 6 = NJW 1986, 260 = EWiR § 675 BGB 6/85, 761 [Koeble])

Haftung des Treuhänders

– Kostendeckungslücke

(LG Heidelberg Urt.v. 13.11.87 – 5 O 60/86)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Erkennt der Treuhänder, daß das vom Bauherren vertragsgemäß zur Verfügung zu stellende Kapital zur Erstellung der Eigentumswohnung nicht ausreicht, so muß er auf diese Situation reagieren. Zumindest muß der Bauherr auf den Fehlbetrag hingewiesen werden, damit dieser Gelegenheit hat, die ihm vom Initiator gegebene Zusage zu realisieren.
2. Die formularmäßige Haftungsbegrenzung im Treuhandvertrag auf grobfahrlässiges Handeln des Treuhänders ist unwirksam.

Aus den Gründen:

1. Eine Pflichtverletzung des Beklagten im Zusammenhang mit dem Abschluß der in § 1 Ziff. 4 des Treuhandvertrages genannten Verträge vermag die Kammer nicht zu erkennen. Auch dürfte die ursprüngliche Argumentation der Kläger, bei rechtzeitiger Mitteilung der Kostendeckungslücke hätten sie „vom Vertrag“ zurücktreten können, nicht der richtige Ausgangspunkt sein. Dies bedarf jedoch keiner weiteren Erörterung und kann im Ergebnis dahinstehen, weil eine Pflichtverletzung des Beklagten jedenfalls – aber auch nur – in dem Umstand begründet ist, daß er bei jeweiliger Fälligkeit, die mit Ausnahme beim Betreuungsvertrag (vgl. dort § 8) bei Abschluß des jeweiligen Vertrages in voller Höhe der zu zahlenden Vergütung eintrat, die gesamten Funktionsträgergebühren von insgesamt DM 39.336,- an die Firma V. ausbezahlt hat, ohne entweder den zum Ausgleich der „Finanzierungslücke“ notwendigen Betrag einzubehalten oder von der Firma V. eine ausreichende Sicherheitsleistung zu verlangen.
 - a) Dem Beklagten war aufgrund von Ziff. 6 des Treuhandangebotes der Kläger bekannt, daß diese entgegen dem konzipierten Gesamtaufwand von DM 274.300,- für Wohnung Nr. 3 nebst Tiefgaragenplatz nur DM 240.000,- aufzuwenden hatten. Ihm war ferner bekannt, wie er selbst einräumt, daß die Reduzierung des projektierten Gesamtaufwandes auf einer Zusage der Initiatorin des Bau-

herrenmodelles, der Firma V., an die Kläger beruhte, wenn ihm auch Einzelheiten zu Ausgestaltung und Realisierung dieser Zusage unbekannt gewesen sein mögen.

Bei einseitiger Reduzierung des Aufwandes der Kläger ohne entsprechende Änderung der Gesamtkonzeption mußte sich dem Beklagten von vornherein aufdrängen, daß das von den Klägern vertragsgemäß zur Verfügung gestellte Kapital nicht ausreichen würde, um die tatsächlich anfallenden anteiligen Kosten der Kläger abzudecken.

Denn wie der Beklagte selbst zu Recht vorgetragen hat, standen die Kosten für Grundstück, Generalunternehmer, Architekt, Statiker, Makler, Gebühren etc. unverrückbar fest. Die Konzeption des Gesamtaufwandes erfolgte jedenfalls, wie bei Bauherrenmodellen üblich, auf der Grundlage von Angeboten der künftigen Vertragspartner der Bauherren. Diese – möglicherweise mit Ausnahme der Firma V. – brauchten sich wegen einer sie nicht berührenden einseitigen Zusage der Initiatorin nicht auf eine Reduzierung ihres Angebotspreises einzulassen.

Der Beklagte konnte mithin – sollte das Objekt nicht gar scheitern – nur zu den vorgegebenen Konditionen abschließen; es ist nicht erkennbar, daß und wie er insoweit die Differenz zwischen kalkuliertem und reduziertem Aufwand für die Wohnung der Kläger auf die Vertragspartner – oder die (anderen) Bauherren – hätte abwälzen können, weshalb insoweit auch keine Pflichtverletzung festzustellen ist, um so weniger, als die Bauherren in Kenntnis des konzipierten Gesamtaufwandes Vollmacht zum Abschluß der Verträge erteilt haben.

Damit stand aber zugleich fest, daß sich die tatsächlichen anteiligen Kosten der Kläger nicht oder nur bedingt – soweit der Beklagte etwa die Funktionsträgergebühren etc. aus dem verringerten Gesamtaufwand von DM 240.000,- berechnet und angewiesen hat – verringern würden, jedenfalls aber nicht in der Höhe des durch die Reduzierung entstandenen Differenzbetrages von DM 34.300,-.

Dies war auf den ersten Blick erkennbar. Deshalb hätte nichts näher gelegen, als daß der Beklagte vor Auszahlung von Vergütungen die tatsächlich auf die Kläger entfallenden Kosten berechnete, was aufgrund der feststehenden Gesamtkonzeption keine Mühe bereiten konnte. Der Beklagte hätte auf diese Weise den Fehlbetrag möglicherweise noch nicht auf Heller und Pfennig ermitteln können,

aber ohne Zweifel in einer sehr präzisen Größenordnung. Dann hätte er unschwer erkannt, daß das von den Klägern eingebrachte Kapital zur Begleichung der eingegangenen Verbindlichkeiten nicht ausreichen würde.

- b) Hätte der Beklagte diesen Schritt vollzogen, hätte sich ihm weiter aufgedrängt, daß er auf diese Situation reagieren muß. Auch wenn er Einzelheiten der Zusage der Firma V. an die Kläger nicht kannte, konnte diese gleichwohl auch aus seiner Sicht nichts anderes bedeuten, als daß die Initiatorin für den Fehlbetrag aufzukommen hat, sei es durch die entsprechende Freistellung der Kläger, durch Zahlung eines entsprechenden Betrages an die Kläger oder durch Verrechnung mit den der Initiatorin zustehenden Funktionsträgergebühren.

Da er einerseits nach dem Treuhandvertrag nur über DM 240.000,- verfügen durfte und andererseits die verpflichtende Zusage der Firma V. kannte, hätte er entweder von sich aus nicht die vollen Funktionsträgergebühren an die Firma V. auszahlen dürfen oder jedenfalls für eine gleichwertige Sicherheit sorgen müssen, oder er hätte die Kläger sogleich auf den Fehlbetrag hinweisen müssen, um diesen Gelegenheit zu geben, die Zusage bei der Firma V. zu realisieren.

Dabei muß nach den gesamten Umständen davon ausgegangen werden, daß die Kläger, hätte sich die Firma V. nicht so verhalten wie in dem vom Beklagten geschilderten Fall des Bauherren Dr. G., dem sie gleichfalls eine Reduzierung des Gesamtaufwandes zugesagt hatte und ihre Zusage in Form einer Barrückerstattung realisierte, den Beklagten angewiesen hätten, einen hinlänglichen Betrag von den an die Firma V. auszahlenden Vergütungen zurückzubehalten. Vor gerichtlichen Schritten der Firma V. hätten sich die Kläger nach Sachlage nicht zu scheuen brauchen. **Jedenfalls durfte der Beklagte die Situation nicht als gegeben hinnehmen.**

- c) Der Beklagte kann sich in diesem Zusammenhang auch nicht darauf zurückziehen, weil er von den Klägern über Einzelheiten der Vereinbarung nicht informiert worden sei und keine Anweisung zur Nichtauszahlung von Beträgen erhalten habe, habe er nicht zurückbehalten müssen, wie es ihm überhaupt nicht oblegen habe, die Vereinbarung der Kläger mit der Firma V. zu überwachen.

Denn aus dem Treuhandvertrag ergibt sich, daß der Beklagte in vorgenannter Weise hätte tätig werden müssen. In §1 Ziff. 2 des Treuhandvertrages ist festgeschrieben, daß der Treuhänder bei der

Durchführung und Abwicklung des Bauvorhabens ausschließlich die Interessen der Bauherren wahrzunehmen hat. Hieraus, aus den weiteren vertraglichen Regelungen (vgl. etwa § 1 Ziff. 3 des Treuhandvertrages) und aus seiner gesamten Aufgabenstellung als Treuhänder folgt eine **umfassende Vermögensbetreuungspflicht** des Beklagten. Ausfluß dieser Pflicht war es aber doch gerade, nicht mehr auszugeben, als er nach den vertraglichen Vereinbarungen durfte. Da aber klar war oder aber hätte klar sein müssen, daß dies nicht zu realisieren sein würde, mußte der Beklagte tätig werden, wozu auch gehörte, sich gegebenenfalls bei den Klägern zu informieren.

Nur der Vollständigkeit halber sei vermerkt, daß der Hinweis des Beklagten auf die Baukosten-Höchstpreisgarantie schon deshalb fehl geht, weil diese nur gegen eine Überschreitung der kalkulierten technischen Herstellungskosten für das Bauwerk absichern sollte (vgl. § 2 des Baukostenhöchstpreisgarantievertrages).

- d) Der Beklagte hatte auch die ausreichende rechtliche Handhabe, wenigstens ein Zurückbehaltungsrecht (§§ 273, 242 BGB) geltend zu machen. Denn es stand von vornherein fest, daß die Firma V. aus ihrer Zusage verpflichtet ist, unabhängig davon, ob man diese als selbstständiges Garantieverprechen, als Schuldübernahme oder als teilweisen Verzicht (auf die vertragsgemäße Vergütung) bewertet.
 - e) Schließlich läßt der Wortlaut in Ziff. 6 des Treuhandangebots „...beträgt vorläufig...“ keine andere Beurteilung zu. Denn bei verständiger Würdigung konnte diese Einschränkung bei richtiger Auslegung des Treuhandvertrages nur bedeuten, daß weitere von den Bauherren zu tragende, nicht im kalkulierten Gesamtaufwand enthaltene Kosten nicht zu Lasten der Firma V. gehen sollten.
2. Die danach festzustellende Pflichtverletzung des Beklagten war ursächlich für den Schaden, der den Klägern entstanden ist. Die Kläger hätten möglicherweise, auch bei rechtzeitiger Information, von der Firma V. nicht wie Dr. G. einen ausreichenden Barbetrag erhalten; hätte der Beklagte aber – entweder von sich aus oder nach Rücksprache mit den Klägern – einen ausreichenden Betrag zurückbehalten, wäre dieser noch im Vermögen der Kläger bzw. hätte er zur Ausgleichung der Differenz verwendet werden können. Als die Kläger – nach ihrem unstreitigen Vorbringen – erst im Oktober 1985 von dem Fehlbetrag erfahren haben, ließ sich ein Anspruch gegen die Firma V. wegen deren Vermögenslosigkeit – gleichermaßen unstreitig – nicht mehr realisieren.

3. Der Beklagte hat seine Pflichten aus dem Treuhandvertrag wenigstens fahrlässig verletzt. Die im formularmäßigen Treuhandvertrag in § 4 Ziff. 1 erfolgte **Beschränkung der Haftung auf grobe Fahrlässigkeit** ist unwirksam, weil sie mit dem besonderen Vertrauensverhältnis, wie es zwischen Treuhänder und Bauherr beim Bauherrenmodell besteht, nicht vereinbar ist und den Treugeber entgegen den Geboten von Treu und Glauben unangemessen benachteiligt (vgl. OLG Celle, NJW 1986, 260 = GI 1986, 8).

Abtretung von Steuererstattungsansprüchen

- Geschäftsmäßige Abtretung an Steuerberater
 - Sicherung von Honorarforderungen
- (BFH Urt. v. 17. 9. 1987 – VII R 168/84, BFH NV 1988, 9)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Läßt sich eine Steuerberatungsgesellschaft geschäftsmäßig von ihren Mandanten Steuererstattungsansprüche abtreten, so sind die Abtretungen nichtig (§ 46 Abs. 4 u. 5 AO).
2. Geschäftsmäßigkeit gemäß § 46 Abs. 4 AO setzt lediglich Selbständigkeit des Erwerbs der Forderung und die Absicht der Wiederholung voraus. Nicht erforderlich ist eine eigenständige Renditeerwartung.
3. Eine nur gelegentlich anlässlich eines besonders begründeten Einzelfalles vorgenommene Abtretung von Steuererstattungsansprüchen zur Sicherung der Honorarforderung ist wirksam.

Aus den Gründen:

Nach § 46 Abs. 4 AO 1977 ist der geschäftsmäßige Erwerb von Erstattungs- oder Vergütungsansprüchen zum Zwecke der Einziehung oder sonstigen Verwertung auf eigene Rechnung nicht zulässig (Satz 1). Dies gilt nicht für die Fälle der Sicherungsabtretung (Satz 2). Zum geschäftsmäßigen Erwerb und zur geschäftsmäßigen Einziehung der zur Sicherung abgetretenen Ansprüche sind nur Unternehmen befugt, denen das Betreiben von Bankgeschäften erlaubt ist (Satz 3).

Die Klägerin handelte geschäftsmäßig, als sie sich die streitbefangenen Steuererstattungsansprüche von ihren Mandanten abtreten ließ. Da sie als Steuerberatungsgesellschaft zum geschäftsmäßigen Erwerb und zur geschäftsmäßigen Einziehung der zur Sicherung abgetretenen Ansprüche nicht befugt ist (§ 46 Abs. 4 Satz 3 AO 1977), sind die Abtretungen nichtig (vgl. § 46 Abs. 5 Halbsatz 2 AO 1977). Das FA hat es demnach zu Recht abgelehnt, die von den Mandanten abgetretenen Teilbeträge an die Klägerin zu erstatten.

Nach dem Urteil des Senats vom 23. Oktober 1985 VII R 196/82 (BFHE 144, 526, BStBl II 1986, 124) sind die Regelungen der Sätze 1 bis 3 des § 46 Abs. 4 AO 1977 dahin auszulegen, daß der geschäftsmäßige Erwerb und die geschäftsmäßige Einziehung von Erstattungs- oder Vergütungsansprüchen auch in den Fällen der Sicherungsabtretung nur Bankunternehmen gestattet ist. Da die Vorschrift lediglich Bankunternehmen, die der Aufsicht durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen unterliegen (§§ 6, 32 des Kreditwesengesetzes), privilegiert, ist es nach der vorstehend genannten Entscheidung des Senats, auf die wegen der Begründung im einzelnen Bezug genommen wird, auch Steuerberatern untersagt, sich zur Sicherung ihrer Honorarforderungen Steuererstattungs- oder Vergütungsansprüche ihrer Mandanten abtreten zu lassen, soweit sie dabei geschäftsmäßig tätig werden.

Geschäftsmäßig i. S. des § 46 Abs. 4 AO 1977 handelt, wie der Senat unter Berufung auf das Schrifttum in dieser Entscheidung ausgeführt hat, wer die Tätigkeit (Erwerb) selbständig und mit der Absicht, sie zu wiederholen ausübt. Die Auslegung der Vorinstanz zum Begriff der Geschäftsmäßigkeit steht somit im Einklang mit der Rechtsprechung des Senats. Ein von der Haupttätigkeit getrennter selbständiger Zweck mit eigenständiger Renditeerwartung wird bei der geschäftsmäßigen Tätigkeit nicht vorausgesetzt.

Für eine Wiederholungsabsicht im Sinne dieser Auslegung spricht nach der Rechtsprechung des Senats, wenn für den Erwerb von Erstattungsansprüchen organisatorische Vorkehrungen getroffen werden (z. B. das

Bereithalten vorformulierter Abtretungserklärungen); diese sind allerdings keine notwendigen Voraussetzungen für die Geschäftsmäßigkeit. Vereinzelte im Rahmen eines Handelsgeschäfts oder an einen steuerlichen Berater vorgenommene Abtretungen reichen für die Annahme der Geschäftsmäßigkeit nicht aus.

Daraus folgt – wie der Senat in der genannten Entscheidung ausgeführt hat –, daß grundsätzlich auch Steuerberater und Steuerberatungsgesellschaften sich zur Sicherung ihrer Honorarforderungen Steuererstattungs- und Vergütungsansprüche ihrer Mandanten wirksam abtreten lassen können, soweit sie in dieser Weise nur gelegentlich anläßlich besonders begründeter Einzelfälle tätig werden.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–3, 1988)

Abtretung		Honoraranspruch des StB's	
– des Steuererstattungsanspruchs	88, 50	– Anrechnung ersparter Kosten	88, 29
= geschäftsmäßige – § 46 4 AO	88, 50	– bei Annahmeverzug d. Mand. § 615 BGB	
Allgemeine Geschäftsbedingungen		= Umsatzsteuer	88, 29
– Verjährungsfrist		Kausalität	
= bei Treuhandvertrag, 1 Jahr	88, 3	– Fehler des Gerichts/Fehler des RA	88, 36 (LS)
Bauherrenmodell		Klageauftrag	
– objektbezogener StB		– vorsorgliche Klage	88, 18 (LS)
= Abgrenzung zum persönlichen StB	88, 3	Konkurrenzverbot	
Berichtigung, § 173 I, 2 AO		– des angestellten RA	88, 2
– grobes Verschulden		Kündigung des Mandats	
= des Mandanten	88, 26	– Rückgabe v. Mandantenunterlagen	88, 18 (LS)
– Zurechnung des Berater-Verschuldens	88, 26	Literatur- und Rechtsprechungshinweise	
Dritthaftung		– Dritthaftung	88, 11
– stillschweigender Auskunftsvertrag	88, 9	– Rechtsberatung d. StB/WP	88, 24
Gewinnausschüttung		– Schätzungsschaden	88, 33
– mit Mittelabfluß	88, 18 (LS)	– Treuhänderhaftung	88, 44
Haftungsbeschränkung		Mandantenunterlagen	
– auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46	– Rückgabe	88, 18 (LS)
– im Treuhandvertrag	88, 46	Mitverschulden	
– Verjährungsfrist in AGB	88, 3	– Prüfung d. vom StB erstellen Steuererklärung	88, 26
Herausgabepflicht des StB's			
– Abholung/Übersendung	88, 2		
– Mandantenunterlagen	88, 2		

Notar		Treuhänder	
– Verjährungsbeginn d. Amtshaftungsanspruchs	88, 18 (LS)	Abweichung von Prospektaussage	88, 41
Rechtsanwalt		– Belehrung über steuerliche Risiken = einheitliche und gesonderte Gewinnfeststellung wird abgelehnt	88, 3 88, 41
– Dritthaftung	88, 9	– Bonitätsgarantie statt Bankbürgschaft	88, 41
– Konkurrenzverbot	88, 2	– Haftungsbeschränkung auf grobe Fahrlässigkeit	88, 46
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		– Kostendeckungslücke, Hinweispflicht	88, 46
– Sanierungsverhandlungen	88, 19	– Versicherungsschutz	88, 46
– durch Wp	88, 19	Verjährung, § 51 BRAO	
Schaden		– unzulässige Rechtsausübung	88, 37
– Anwaltskosten zur Schadenabwendung	88, 32	– Sekundäranspruch, Frist	88, 37
– Zuschätzung, s. Schätzung, Schaden		– Verjährungsbeginn = Schadenentstehung und Mandatsende	88, 37
Schätzung, § 162 AO		Verjährung, § 839 BGB – anderweitige Ersatzmöglichkeit	88, 18 (LS)
– Schaden = Darlegungs- und Beweislast	88, 31	Versicherungsschutz	
Steuerberater		– Treuhandtätigkeit	87, 36 (LS)
– Konkurs des –	88, 2	Wettbewerb/Mandantenschutz	
Steuerberatungsgesetz		– des angestellten RA	88, 11
– § 46 Abs. 3 Nr. 2 = Konkurs des StB's	88, 2	Wirtschaftsprüfer	
Steuerberatungsvertrag		– Berufsbild	88, 22
– objektbezogene und persönliche Steuerberatung	88, 3	– Rechtsberatung	88, 22
Testamentsvollstrecker			
– Anlage von Nachlaßvermögen	88, 36 (LS)		

BGH v. 3. 12.1986 – IVa ZR 90/85 = ZIP 1987, 922	87, 36 (LS)	OLG München v. 30. 1.1987 – 21 U 3798/86	87, 36 (LS)
BGH v. 1. 10.1987 – IX ZR 202/86	88, 37	LG Darmstadt v. 9. 9.1987 – 8 O 207/87	88, 9
BGH v. 4. 11.1987 – IVa ZR 158/86	88, 19	LG Düsseldorf v. 22. 10.1987 – 14 O 119/87	88, 31
BGH v. 5. 11.1987 – IX ZR 86/86	87, 36 (LS)	LG Heidelberg v. 13. 11.1987 – 5 O 60/86	88, 46
BGH v. 26. 11.1987 – IX ZR 162/86	88, 18 (LS)	BFH v. 24. 3.1987 – X R 9/80	88, 26
OLG Celle v. 13. 6.1986 – 44 StL 24/85	88, 18 (LS)	BFH v. 17. 9.1987 – VII R 168/84 = BFH NV 1988, 9	88, 15
OLG Düsseldorf, 13. 6.1985 – 8 U 212/84 = RBeistand 1987, 42	88, 2	BFH v. 17. 11.1987 – VII R 120/86 = Steuer-Telex 132 = LEXinform 0081033	88, 2
OLG Düsseldorf v. 26. 11.1987 – 18 U 97/87	88, 29	FG Baden-Württemberg v. 4. 11.1987 – V K 433/83	88, 18 (LS)
OLG Köln v. 16. 10.1987 – 20 U 24/87	88, 3		
OLG Köln v. 16. 10.1987 – 11 U 180/87	88, 2		
OLG Köln v. 6. 11.1987 – 6 U 205/86	88, 41		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.